

Kommunalwahlprogramm 2016 Kreisverband Celle



Der Landkreis Celle steht in den nächsten fünf Jahren vor großen Herausforderungen. Der Klimawandel, der gesellschaftliche Wandel hin zu einer Wissensgesellschaft, der Bevölkerungsrückgang in vielen Gemeinden und dramatische Defizite in der Gemeindefinanzierung erfordern ein Umdenken. Auch die Aufgabe, Asylsuchenden nicht nur Unterkunft und Verpflegung zu geben, ist eine große Herausforderung vor Ort.

Der verschwenderische Umgang mit Ressourcen ist nicht mehr gesellschaftsfähig. Wir können ihn uns weder ökologisch noch ökonomisch leisten und setzen uns für ein nachhaltiges Wirtschaften ein. Der Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft im Kreis hat besondere Priorität zur Sicherung der Gesundheit von Mensch, Tier und Natur. GRÜNE in den Kommunalparlamenten gewährleisten andere zukunftstaugliche Wege, die Mensch und Natur auf unserer einen Erde mehr Lebensqualität bringen. Vor diesem Hintergrund setzen wir GRÜNESchwerpunkte in den Feldern Klima und Energie, Landwirtschaft und Umweltschutz, Bürger*Innenbeteiligung, Bildung und kommunales Leben.

Kontakt

Bahnhofstraße 20
29221 Celle

www.gruene-celle.de
info@gruene-celle.de
Tel. 05141-966229-0



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Celle, Bahnhofstr. 20, 29221 Celle
Vi.S.d.P.: Bernd Zobel, Kreisvorsitzender, An der Baumschule 18, 29223 Celle



Die Ausgestaltung des Bildungsauftrags durch Kinderbetreuungseinrichtungen und gute schulische Angebote werden für den Landkreis Celle, trotz knapper werdender finanzieller Mittel, immer wichtiger. Hinzu kommen die Herausforderungen durch den Zuzug von Geflüchteten.

Bei der Planung der Schulentwicklung muss es ein umfassendes Bildungsangebot in den Regionen des Kreises geben. Grundschulstandorte sind zu erhalten.

Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft und der Schlüssel zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu Armutsprävention. Das erfordert eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und längeres gemeinsames Lernen in Schulen zur Förderung der individuellen Begabung statt früher Auslese.

Die UN-Konvention zur Inklusion muss weiter umgesetzt werden. Jedes Kind muss eine freie Schulwahl haben, sowohl auf eine angebotene Förderschule als auch auf eine inklusive Schule gehen zu können. Die inklusive Schule ist durch eine bessere qualitative und personelle Ausstattung zu stärken. Neben dem Land ist auch der Landkreis gefordert, der als Schulträger für die baulichen Maßnahmen zuständig ist.

Schüler*innen sollen mit ihren Sorgen und Nöten ernst genommen werden. Nur so kann Lernen erfolgreich sein. Dafür braucht es gute und ausreichende Schulsozialarbeit und ein funktionierendes Netzwerk für Kinder, Eltern und Pädagogen

Die Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote müssen dem Bedürfnis nach „lebenslangem Lernen“ gerecht werden. Unsere Handlungsfelder:

- ✓ Qualifizierung und Ausstattung für offene und gebundene Ganztagsangebote an den weiterführenden Schulen.
- ✓ Pädagogische Bestandsaufnahme der Oberschulen.
- ✓ Errichtung weiterer Gesamtschulen nach Bedarf.
- ✓ Einführung einer Oberstufe an der bestehenden Gesamtschule.
- ✓ Engere Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe.
- ✓ Gewährleistung baulicher Maßnahmen für inklusive Bildung.
- ✓ Deutliche Erweiterung des Angebots von Inklusionsklassen.
- ✓ Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte im Bereich der Inklusion.
- ✓ Aus- und Weiterbildung der Erzieher*innen im Bereich Inklusion.
- ✓ Ausbau der Förderschulen zu Inklusionszentren.
- ✓ Gute und ausreichende Schulsozialarbeit an den Schulen.
- ✓ Stärkung der beruflichen Gymnasien.
- ✓ Flexible und kostenlose Schülerbeförderung bis zum Abitur.
- ✓ Einheitliche Sprachförderkonzepte in Kita und Schule.
- ✓ Fachliche und finanzielle Unterstützung beim Ausbau von Kinderkrippen.
- ✓ Familienfreundliche Angebote zur Betreuung von Kindern.
- ✓ Wohnortnaher Ausbau und Förderung der Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche.
- ✓ Unterstützung von Familienzentren.
- ✓ Gesicherte finanzielle Förderung der Volkshochschule Celle.
- ✓ Förderung gemeinnütziger Bildungseinrichtungen im Kreis.



Energie und Klimaschutzmanagement

Klimafolgen vorbeugen



Der Landkreis Celle ist mit seinen leichten Böden und dem hohen Waldanteil durch den Klimawandel gefährdet. Heiße, trockene Sommer mit Waldbränden, Wassermangel und vermehrtem Starkregen sowie nasse, warme Winter mit Hochwassergefahren sind tendenziell zu erwarten. Aber deutlich stärker sind die Länder der Südhalbkugel vom Klimawandel existentiell betroffen. Immer mehr Menschen machen sich als Klimaflüchtlinge auf den Weg. Der Klimaschutz gehört zu den drängenden Aufgaben. Die Atmosphäre ist ein globales Gemeinschaftsgut. Die weitere unbegrenzte Ablagerung von Kohle, Öl und Gas ist ungerecht und der Deponieraum in der Atmosphäre ist knapp. Zur Einhaltung des zwei-Grad-Ziels müssen 80 Prozent der Kohle und 40 Prozent von Gas und Öl in der Erde verbleiben. Maßnahmen zur Vermeidung weiterer Klimaschäden und die Anpassung an den Klimawandel sind zwei Seiten derselben Medaille. Deshalb müssen wir heute Projekte und Konzepte für die Einsparung von Klimagasen in jeder Gemeinde und in jeder Stadt entwickeln. Diese Änderungen in den Energiebereichen Strom, Wärme, Mobilität und der Verhaltensweisen müssen wir gemeinsam mit allen Bewohnern in Stadt und Landkreis Celle fördern und unterstützen.

- ✓ Die Nutzungsrechte der Staaten müssen neu verteilt werden, und der Emissionshandel muss den CO₂-Ausstoß verteuern.
- ✓ Die ökonomischen Regeln von Wachstum und Einsparung müssen sich ändern, so dass derjenige zahlen muss, der die Atmosphäre verschmutzt. Die CO₂-Einnahmen können zur Armutsbekämpfung verwendet werden. Ein Ende der Subventionen ist nötig (derzeit 150 € für eine Tonne CO₂) für fossile Energieträger.
- ✓ Im Stromsektor Bezugshinweise für Ökostrom bewerben. Förderung von Sparmaßnahmen bei energetischer Sanierung.
- ✓ Um die Erwärmung auf zwei Grad zu beschränken, müssen die Emissionen um 40-70 Prozent bis 2050 gesenkt werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für konkrete Einsparpläne für jede Gemeinde, für jede Kommune, für Gewerbe und Industrie, für Gebäudeeigentümer, für alle Privatpersonen. Zum Beispiel Ausbau von Nahwärmekonzepten mit Biogas- und Holzheizanlagen und Blockheizkraftwerke BHKW für dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung. Erdwärmennutzung ohne Fracking (Änderung des Bergrechts), Solar- und Windenergienutzung auch mit dezentralen Kleinen Windenergieanlagen WKAs. Im GRÜNEN Energieszenario macht Wind zwei Drittel der Stromproduktion aus. Deshalb kommt dem Ausbau der Windenergie unter Berücksichtigung des Naturschutzes und der ansässigen Bevölkerung eine große Bedeutung zu.



Energie und Klimaschutzmanagement

Klimafolgen vorbeugen



- ✓ Wo neue Stromleitungen nötig sind, fordern wir, dass Erdkabel Vorrang vor Freileitungen erhalten.
- ✓ Risikoreiche Technologien, z.B. Atomenergie, CO₂-Verpressung und Fracking lehnen wir ab.
- ✓ Kommunale Energieberatung und Förderprogramme zur Energieeinsparung tragen dazu bei, den Energieverbrauch bis 2040 zu halbieren. Wichtig ist auch ein verantwortungsbewusstes Konsumverhalten. Wer hochwertige Produkte lange nutzt, kann Energie und Rohstoffe sparen.
- ✓ Wir treten dafür ein, dass in unserem walddreichen Landkreis zukünftig klimagerechtes Sanieren und Bauen, Klimaanpassung, klimafreundliche Mobilität und Verbrauchssenkung eine entscheidende Rolle spielen muss. Die Genossenschaftliche Beteiligung an dezentralen, erneuerbaren Energien müssen wir fördern unter Berücksichtigung von Naturschutz und Menschenschutz.
- ✓ Klimaschutz ist Artenschutz. Immer mehr Tier- und Pflanzenarten stehen auf der roten Liste. Ob alte Bäume die zu erwartenden Temperaturen überstehen, welche Wirkung die Verschiebung der Jahreszeiten mit sich bringt – beispielsweise sind jetzt die Jungvögel oftmals schon ausgebrütet, wenn die Insekten noch nicht da sind.
- ✓ Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzepts mit konkreten Handlungsanweisungen.
- ✓ Moore speichern Klimagase, solange sie nicht abgebaut und trocken gelegt werden. Deshalb sind sie zu bewahren und zu renaturieren. Moore speichern Klimagase, solange sie nicht abgebaut und trocken gelegt werden. Deshalb sind sie zu bewahren und zu renaturieren.

Auch unsere Ernährung hat Einfluss auf die Treibhausgasemissionen aus der Tierhaltung und der Landwirtschaft. Deshalb treten wir für eine Ernährungs- und Agrarwende ein. Bäuerliche ökologische Landwirtschaft statt Agrarfabriken, d.h. weitere industrielle Massentierställe lehnen wir ab. Statt Regenwaldrodung für Sojaimporte befürworten wir heimische Eiweißfuttermittel ohne Gentechnik. Damit die regionale Versorgung und ein vermehrter Anbau von Bio-Gemüse und biologisch erzeugten landwirtschaftlichen Produkten gelingt, ist ein Subventionswandel erforderlich. Auch die solidarische Landwirtschaft (Kunden- und Anbieterverträge) trägt dazu bei. Maismonokulturen müssen wir einschränken und durch alternative Energiepflanzen ersetzen.

Wasserwende: Wasserbereitstellung in der Feldberegnung und Veröffentlichung der Daten im Internet zum Erhalt unserer Grundwasservorräte; weitere Wasserrückhalteräume als Beitrag zum Hochwasserschutz und Reservoir bei Extremtrockenheit. Ökologisch verträgliche Wasserkraftnutzung auch mit kleinen Laufwasserkraftwerken und neu zu entwickelnde Projekte unterstützen. Energieautarke Kläranlagen schaffen, so dass Kläranlagen ihren Pumpenstrom durch Blockheizkraftwerke selbst produzieren. Das Biogas aus den Klärschlammfäultürmen wird in Strom umgewandelt.



Energie und Klimaschutzmanagement

Klimafolgen vorbeugen



Transportsektor mit Mobilitätswende: Die Politik trägt dazu bei, fossile Verkehrsströme zu begrenzen und den Ressourcenverbrauch zu senken. Eine zukunftsfähige Mobilitäts- und Transportstrategie beachtet Nachhaltigkeitsziele, trägt zur Energiewende bei und verringert die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen.

- ✓ Die Grundbedürfnisse der Bevölkerung wie Einkaufen, Schulbesuch, Sport und Kultur müssen wir wohnortnah gewährleisten.
- ✓ Ein Fahrradwegenetz benötigen wir, welches Grünzonen verbindet, welches Bike- an Ride-Projekte einbezieht, welches Fahrradschnellwege vorsieht und damit gleichzeitig dem Tourismus dient.
- ✓ Ein attraktiver ÖPNV wirbt für neue Fahrgäste mit professionellem Marketing.
- ✓ Das vorhandene Verkehrswegenetz muss unterhalten werden. Das gelingt nur, wenn keine neuen Straßen gebaut werden.
- ✓ Innerorts muss ein Durchfahrtsverbot für Lkw-Mautflüchtlinge durchgesetzt werden.
- ✓ Mehr Raum für Fußgänger und radfahrende Menschen in der Innenstadt und geförderte Elektromobilität für Pedelec, Busse und Kleinwagen.

Kopenhagen ist bereits heute die Großstadt in der industriellen Welt mit dem geringsten Kohlendioxid-Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung. Dort werden sechzig Prozent aller Fahrten in der Stadt mit dem Fahrrad und zwanzig Prozent mit dem ÖPNV und zwanzig Prozent mit dem Pkw unternommen. In Niedersachsen gibt es einige Energiedörfer wie auch Ahsbeck im Landkreis Celle, die sich energieautark versorgen. Auf diesen Weg sollten sich noch viel mehr Orte begeben.

Klimaschutz im Landkreis Celle ist nur möglich, wenn er von möglichst vielen Wählern/Wählerinnen und Konsumenten mitgetragen wird. Besonders wir Menschen im Industrieland Deutschland können über unseren persönlichen Lebensstil den eigenen CO₂-Fussabdruck verkleinern.



Geflüchtete willkommen heißen

Menschen flüchten vor Terror, Krieg, Verfolgung, Elend und den Folgen des Klimawandels. Viele von ihnen führt ihr Weg auch in den Kreis und seine Kommunen. Auch bei uns gibt es eine entwickelte Willkommenskultur. Wir freuen uns über das intensive Engagement der ehrenamtlich Tätigen. Zur Unterstützung der Geflüchteten und des hiesigen Engagements fordern wir:

- ✓ Jedem Geflüchteten soll Deutschunterricht unabhängig vom Aufenthaltsstatus durch Fachkräfte ermöglicht werden, und zwar beginnend mit einem niederschweligen Angebot in den Erstaufnahmeeinrichtungen.
- ✓ Alle Kinder müssen ihr Recht auf einen Schulbesuch wahrnehmen können.
- ✓ Die Bildung von Sprachlernklassen muss ausgebaut werden. Ziel muss die Teilnahme am regulären Unterricht sein.
- ✓ Die Gründe für Flucht sind unterschiedlich, z. B. Krieg, politische Verfolgung, sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität oder Religion. Bei der Unterbringung muss der Schutz des Einzelnen gewährleistet werden. Ein geschlechterspezifischer Umgang der Geflüchteten muss möglich sein. So sollte für allein reisende Frauen eine separate Unterbringung gewährleistet sein.
- ✓ Einführung der Gesundheitskarte für Geflüchtete.
- ✓ Jede Gemeinde sollte Integrationsbeauftragte im angemessenen Umfang beschäftigen.
- ✓ Bei Geflüchteten mit einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung muss die gleiche Unterstützung wie EU-Bürger*Innen gegeben werden. Für behindertengerechten Wohnraum muss vorrangig gesorgt werden.
- ✓ Mehr Beratung und Vernetzung. Die Ausländerbehörde soll ihren Beratungsauftrag verstärkt nachkommen und die Vernetzung mit öffentlichen und gemeinnützigen Trägern, anderen Behörden und freien, ehrenamtlichen Initiativen verstärken.



Wir GRÜNE treten für die Stärkung des ländlichen Raums ein. Junge Familien ziehen in die Städte und ländliche Regionen verweisen. Wir wollen die Trendwende für unseren Landkreis und ein attraktiver Wohnort bleiben und noch attraktiver werden. Gerne lebt man, wo eine gute wohnortnahe Versorgung von Schulen, Ärzten oder Einkaufsmöglichkeiten vorhanden ist. Gerne lebt man, wo eine Gemeinschaft existiert und man Miteinander und nicht nur nebeneinander lebt. Dazu wollen wir weiter das Ehrenamt und die Vereinsarbeit unterstützen. Unser Landkreis soll Familien Arbeit bieten und gleiche Chancen unabhängig von Geschlecht oder Hautfarbe. Rechtes Gedankengut wollen wir in unserem Landkreis nicht dulden. Daher unterstützen, fördern und fordern wir:

- ✓ Eine schnelle Internetversorgung für den gesamten Landkreis.
- ✓ Für eine verbesserte Förderung von Gesundheit und Sport.
- ✓ Förderung des Ehrenamtes.
- ✓ Unterstützung von Vereinen als wichtiger Faktor der Jugendarbeit, Integration und der dörflichen Gemeinschaft in Bereichen des Sports, der Musik und der Kultur.
- ✓ Erhalt und Förderung von Mehrgenerationenhäusern, Familienzentren und Dorfgemeinschaftshäusern.
- ✓ Elterngerechte Arbeitszeit, Heimarbeit und flexible Teilzeitmöglichkeiten auch in Führungspositionen bei öffentlichen Arbeitgebern.
- ✓ Ausbau der Programme des Jobcenters zur Teilhabe am Arbeitsleben; gezielte Unterstützung von Jugendlichen und Neubürger*Innen mit dem Ziel einer abgeschlossenen Berufsausbildung.
- ✓ Erhalt des Kreisaltenpflegeheims in Winsen (Aller).
- ✓ Bessere Vernetzung der Schuldner- und Suchtberatung mit dem Jobcenter.
- ✓ Barrierefreiheit im öffentlichen Raum weiter voran bringen.
- ✓ Unterstützung des altersgerechten Wohnungsumbaus und dadurch Entlastung des Sozialhilfebudgets für Heimunterbringung.
- ✓ Erhalt kultureller Einrichtungen.
- ✓ Diskriminierungsfreie anonyme Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst.
- ✓ Unterstützung lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus.
- ✓ Konsequente Verfolgung rechtsextremer Handlungen.
- ✓ Gute medizinische Versorgung im Landkreis.
- ✓ Regelmäßiger Vergleich mit benachbarten Landkreisen hinsichtlich Gesundheit der Bevölkerung und Ableitung von Maßnahmen bei Auffälligkeiten.



- ✓ Verbesserung der Erreichbarkeit und Kundennähe von Behörden.
- ✓ Vermehrter Einsatz der "Einfachen Sprache" in der Kommunikation mit den Bürger*Innen.
- ✓ Verbesserung der Kommunikation mit den Bürger*Innen; mehr Dialog bei Projekten und nicht nur Verkündung im Amtsblatt.
- ✓ Dorfzentren wiederbeleben.
- ✓ Für die Mobilität im ländlichen Bereich unterstützen wir kreative Lösungen, z. B. Mitfahrzentralen, Anrufsammeltaxen oder Bürgerbusse.
- ✓ Generationenübergreifende Kultur- und Freizeitangebote fördern.
- ✓ Unterstützung von dezentraler und selbstbestimmter Betreuung von Menschen mit Behinderung (Assistenzdienste).
- ✓ Unabhängige Beratungsstellen stärken.
- ✓ Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten für alle Bewohner*Innen in der Kreistagsarbeit.



Landwirtschaft und Umweltschutz

Bäuerliche Landwirtschaft und Naturschutz verbinden

Der Landkreis ist verantwortlich für die Sicherung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, von Natur und Landschaft, Tier- und Pflanzenarten, sauberer Luft und sauberem Wasser. Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine Landwirtschaft, die fair zu den Landwirtinnen und Landwirten sowie zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern ist und eine artgerechte Tierhaltung garantiert. Wir setzen deshalb auf eine bäuerliche, familienbetriebsorientierte Landwirtschaft, die auf einer nachhaltigen, Tiere und Verbraucherinnen und Verbraucher schützenden Produktionsweise basiert. Solche Betriebe stärken unsere regionale Wirtschaft, dienen dem Schutz der ländlichen Kulturlandschaften, produzieren gesunde Nahrung und verringern das Risiko von Lebensmittel- und Tierhaltungsskandalen. Die Agrarindustrie gefährdet alle Naturgüter im Landkreis Celle.

Wir treten für heimische Futtermittel ohne Gentechnik ein und wollen sicherstellen, dass der Schadstoffeintrag in Boden, Gewässer und Grundwasser verringert wird. Eine Ausgrenzung aus Landschaftsschutzgebieten bedingt für uns immer auch eine mindestens gleichwertige Eingrenzung neuer Gebiete in unmittelbarer Nähe oder neue Landschaftsschutzgebiete zum Beispiel in der Samtgemeinde Wathlingen und in Wietze.

- ✓ Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie durch Ausweisung neuer Naturschutzgebiete, z.B. in der Samtgemeinde Wathlingen.
- ✓ Mehr Lebensmittel aus der Region und der Biolandwirtschaft, mit entsprechenden Verarbeitungs- und Vermarktungsstrategien.
- ✓ Öffentliche Institutionen (Kantinen/Mensen) mit regionalen Produkten versorgen.
- ✓ Einkaufshinweise auf Hofläden, für Wochenmärkte, Bioläden und Touristeninformationen.
- ✓ Tierschutz und artgerechte Tierhaltung auch für Nutztiere.
- ✓ Ablehnung weiterer industrieller Massentierställe.
- ✓ Heimische Futtermittel ohne Gentechnik.
- ✓ Bäuerliche ökologische Landwirtschaft statt Agrarfabriken.
- ✓ Strikte Ablehnung gentechnischer Versuche im Landkreis.
- ✓ Nachhaltige Wassernutzung (keine höhere Entnahme als Neubildung von Grundwasser).
- ✓ Verringerung der Schadstoffeinträge wie zum Beispiel Nitrat in Boden, Gewässer und Grundwasser.



Landwirtschaft und Umweltschutz

Bäuerliche Landwirtschaft und Naturschutz verbinden

- ✓ Verringerung der Schadstoffeinträge wie zum Beispiel Nitrat in Boden, Gewässer und Grundwasser.
- ✓ Neue Wasserrückhalteräume als Beitrag zum Hochwasserschutz.
- ✓ Bilanzierung der Wasserbereitstellung in der Feldeberegnung und Veröffentlichung der Daten im Internet zum Erhalt unserer Grundwasservorräte.
- ✓ Monokulturen (z. B. Mais) einschränken und durch alternative Energiepflanzen und Bewirtschaftung ersetzen.
- ✓ Erhaltung der Artenvielfalt durch Ackerrandstreifen, Blühstreifen, Gewässerrandstreifen und Wegeseitenräume für Bienen und Vögel.
- ✓ Vermeidung der Bodenerosion durch Windschutz mittels Hecken.
- ✓ Sicherung der kommunalen Abfall- und Rohstoffwirtschaft.
- ✓ Beseitigung von Neophyten wie Herkulesstaude und großblütiges Springkraut, z. B. in der Gemeinde Hermannsburg.
- ✓ Ausweisung neuer Landschaftsschutzgebiete, z.B. in der Samtgemeinde Wathlingen und Wietze.
- ✓ Vermeidung von Belastungen für die BürgerInnen durch eine Umzingelung mit Windkraftanlagen, z.B. in Bröckel.
- ✓ Renaturierung von Flusslandschaften.



Die finanzielle Situation des Landkreises ist unter anderem durch falsche und nicht nachhaltige Beschlüsse im Kreistag auf einen Schuldenberg von 180 Millionen Euro angestiegen: Das bedeutet Schulden vor über 1.000 Euro pro Einwohner. Einerseits fordern wir eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen, andererseits muss auch vom Landkreis Haushaltsdisziplin gewahrt werden. Grundsätzliches Ziel grüner Finanzpolitik bleibt ein ausgeglichener und schuldenfreier kommunaler Haushalt. Wir treten ein für die Förderung von ökologischem und nachhaltigem Wirtschaften – Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze, sondern Ökologie bedeutet Langfristökonomie.

- ✓ Wir lehnen die Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA ab.
- ✓ Wir setzen uns für eine Senkung der Kreisumlage ein, um Kommunen größere finanzielle Handlungsspielräume zu ermöglichen.
- ✓ Verbesserung der Zusammenarbeit des Liquiditätsmanagements von Kommunen und Landkreis.
- ✓ Unterstützung und Finanzierung von nachhaltigen Projekten, wie z. Bsp. Unterstützung der Gemeinwohl-Ökonomie.
- ✓ Einsatz bei der Landes- und Bundespolitik.
- ✓ Wir stehen für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen ein (Konnexität einhalten).
- ✓ Für eine verbesserte Förderung von KiTas und Krippen, auch außerhalb der bisherigen Pflichtleistungen, um familien- und bedarfsgerechte Öffnungszeiten zu ermöglichen.
- ✓ Für eine verbesserte Förderung des Angebots von Ganztagschulen, um familien- und bedarfsgerechte Kinderbetreuungszeiten zu ermöglichen.
- ✓ Ökoprotit: Sicherstellung von kommunaler Beratung für Unternehmen und Vereine zur Ressourceneinsparung.
- ✓ Förderung von nachhaltigem und ökologischem Natur- und Kulturtourismus.
- ✓ Sicherung der kommunalen Abfall- und Rohstoffwirtschaft.
- ✓ Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft.
- ✓ Beschleunigung des Breitbandausbaus als Standortfaktor für den Landkreis Celle.
- ✓ Energiegenossenschaften fördern.
- ✓ Die Pferderegion Celle als Chance für den Tourismus nutzen, Vermarktung Reitwege und Veranstaltungen.



Kreistag



Gerald Sommer, Marlies Petersen, Christian Ehlers, Annegret Pfützner, Heiko Wundram

